

Li Denghui im Mai d.J. bei Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten bezüglich seiner Chinapolitik über die Idee von "einem Staat, zwei Regierungen" (yiguo liangfu) und "gleichberechtigte Verhandlungen" (duideng tanpan) beider Seiten gesprochen. In der Rede anlässlich der Feierlichkeiten seines Amtsantritts am 20. Mai hat er sich offiziell geäußert, mit Beijing gleichberechtigt zunächst über Kulturaustausch und Handel, dann auch über die Vereinigung Chinas zu verhandeln, unter der Voraussetzung, daß Beijing die Demokratie und freie Marktwirtschaft einführt, auf Waffenanwendung gegen Taiwan verzichtet und Taiwans Beziehungen zu anderen Ländern nicht stört.

Der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, begrüßte am 11. Juni in einer Rede bei der Eröffnung der nationalen Konferenz der Einheitsfront einerseits Li Denghuis Äußerungen über die Einheit Chinas und die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung, andererseits lehnte er den Gedanken von "einem Staat, zwei Regierungen" ab, weil, so sagte er, dies praktisch "zwei chinesische Staaten" oder "ein China, ein Taiwan" bedeutet. Er wiederholte Beijings bekanntes Prinzip von "einem Staat, zwei Systemen" (Hongkong-Modell) und gleichberechtigte Verhandlungen zwischen der KPCh und der Guomindang. Bei den Gesprächen zwischen den zwei großen Parteien könnten auch Vertreter anderer Parteien und repräsentative Persönlichkeiten aufgenommen werden. Auf die von Li Denghui genannten Vorbedingungen für Verhandlungen (Demokratie, Marktwirtschaft, Verzicht auf Waffenanwendung und außenpolitische Einmischung gegenüber Taiwan) ist Jiang nicht eingegangen. Hingegen bekräftigte er, daß keine Kraft den Vormarsch Chinas auf dem sozialistischen Weg chinesischer Prägung verhindern könne. (LHB, 12.6.90; DGB, 13.6.90) Im gleichen Ton reagierte die Beijinger Zeitschrift *Liaowang* (Überseeausgabe, 11. und 18.6.90) in zwei Artikeln auf Li Denghuis Anregung. (nach LHB, 11. und 17.6.90)

Einen Tag nach Jiangs Rede, am 12. Juni, erklärte Ministerpräsident Hao Bocun (Hao Pei-tsun) im Gesetz-

gebungsyuan, daß seine Regierung weder das Modell von "zwei Staaten, zwei Regierungen" noch das von "einem Staat, zwei Regierungen" akzeptiere. "Die Regierung der Republik in Taiwan ist eine zentrale, keine lokale Regierung." Am 26. April und 16. Mai d.J. hatte Hao Bocun als damaliger Verteidigungsminister "einen chinesischen Staat mit zwei Regierungen" als eine Realität bezeichnet. (LHB, 13.6.90)

Die von Beijing gesteuerte Hongkonger Tageszeitung *Wenhui Bao* veröffentlichte am 14. Juni einen Artikel aus der Beijinger *Qingnian Bao*, in dem es heißt, daß Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) 1957 auf Zhou Enlais Appell zur "dritten Zusammenarbeit zwischen der KPCh" und der Guomindang einen Unterhändler namens Song Yishan nach Beijing gesandt habe. Die Verhandlungen seien aber infolge der Bewegung gegen die Rechtsgruppe in China bald abgebrochen worden. Diese Behauptung wird aber in Taiwan bezweifelt. (LHB, 15.6.90; ZYRB, 19.6.90) -ni-

Hongkong und Macau

*(48)

Große Massendemonstration in Hongkong zum Jahrestag der Ereignisse vom 4. Juni in Beijing

Anlässlich des ersten Jahrestages der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung von Studenten am 4. Juni 1989 in Beijing fanden in Hongkong eine Reihe von Demonstrationen statt. Am 3. Juni zogen über 100.000 Menschen vom Geschäftsviertel zum Gebäude der Zweigstelle der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, der Hauptvertretung Beijings in Hongkong, mit Plakaten und Aufrufen für Demokratie und Freiheit und gegen die verantwortlichen Politiker in Beijing. Vor und nach der Demonstration veranstalteten noch mehrere Hunderte vor dem Xinhua-Büro einen Sitzstreik. Am Abend des 4. Juni versammelten sich wieder rd. 100.000 Menschen im Victoria-Park mit bren-

nenden weißen Kerzen in der Hand, um die Opfer des Massakers vor einem Jahr zu betrauern. (IHT, 4.-5.6.90; DGB, 5.-6.6.90; LHB, 5.6.90)

Die chinesische Regierung legte bei Großbritannien Protest ein, weil offenbar am 3. oder 4. Juni auf das Gebäude der Xinhua-Zweigstelle in Hongkong geschossen worden war. Eine Fensterscheibe im 11. Stock sei zerbrochen und von der Polizei in dem Zimmer auch eine Kugel gefunden worden; niemand sei aber verletzt. (XNA, 9.6.90; DGB, 10.6.90; IHT, 7.6.90; SWB, 11.6.90)

Ende Mai und Anfang Juni 1989 hatten über eine Million Hongkonger zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China und gegen die blutige Unterdrückung seitens der chinesischen Regierung demonstriert. (Dazu s. C.a. Mai 1989, Ü 29, S.333) Die britische Kolonie soll 1997 an China zurückgegeben werden. -ni-

*(49)

Mißstimmung zwischen Macau und Beijing

Aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten und aus Protest gegen "gewisse Aspekte der Philosophie in den Beziehungen zwischen Portugal und China" ist Macaus Vizejustizminister Jose Magalhaes e Silva vom Amt zurückgetreten. (SWB, 22.6.90) Auch der Gouverneur von Macau, Carlos Montez Melancia, beklagte sich öffentlich über die Einmischung der chinesischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Macaus. (Vgl. SWB, 3.6.90)

Melancia berichtete am 28. Juni, daß Beijing von Macau verlangt habe, die Errichtung eines taiwanesischen halbamtlichen Touristenbüros in Macau nicht zu erlauben. Außerdem hielt die chinesische Regierung den Verkauf von Macaus öffentlichem Vermögen für unangemessen und kritisierte die Zögerung der Macauer Regierung, Chinesisch als Amtssprache einzuführen. Die portugiesische Kolonie soll 1999 an China zurückgegeben werden. (LHB, 29.6.90) -ni-